

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Herr Knoth  
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 21.03.2012

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 9. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses  
am Montag, dem 19.03.2012,  
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 19:00 - 19:33 Uhr

### **Anwesende Ausschussmitglieder:**

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Herr Alfons Buchholz  
Herr Christopher Nübel  
Herr Oliver Persch  
Herr Dr. Christoph Weinrich

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Herr Klaus Peter Möller  
Herr Thiemo Roth  
Herr Dieter Scholz                      Ausschussvorsitzender

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Martin Klußmann  
Herr Dr. Markus Labasch                      (in Vertretung für Stv. Grothe)

#### **Stadtverordnete der FW-Fraktion:**

Herr Hans Heller

#### **Außerdem:**

Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion
Herr Christian Oechler	Piraten-Fraktion

#### **Vom Magistrat:**

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin

Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat
Herr Joachim Grußdorf	Stadtrat

**Von der Verwaltung:**

Frau Julia Thon	Dezernat I	
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung	
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Peter Ravizza	Tiefbauamt	(bis 19:10 Uhr)

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Herr Dieter Knoth	Schifführer
-------------------	-------------

**Entschuldigt:**

Herr Klaus-Dieter Grothe	Fraktion B'90/Die Grünen
--------------------------	--------------------------

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Der **Vorsitzende** berichtet, dass die Magistratsvorlage „Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Theaterpark nach INGE“ - STV/0720/2012 - am 09.03.2012 als Nachtrag versandt wurde. Die Vorlage werde als TOP 3 behandelt, so dass sich die Reihenfolge ursprünglichen Tagesordnung entsprechend ändere.

Weiterhin weist der **Vorsitzende** daraufhin, dass der Magistrat schriftlich beantragt hat, die *Kreditaufnahme - STV/0681/2012* - sowie die *Grundstückstücksveräußerungen - STV/0645/2012 und STV/0713/2012* - in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Bürgermeisterin **Weigel-Greilich** beantragt, auch die Vorlage „Erwerb von Teilflächen eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen“ - STV/0557/2011 - in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten, da die öffentliche Verhandlung der Vertragsdaten künftige Vertragsverhandlungen erschweren würde. Eine detaillierte Begründung könne sie in nichtöffentlicher Sitzung geben.

Gegen die Anträge des Magistrats auf nichtöffentliche Behandlung der genannten Vorlagen werden keine Einwände erhoben.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Tagesordnung in der folgenden Form genehmigt ist.

### **Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße.  
Zustimmung zur kostenreduzierten Planung  
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 - STV/0714/2012
3. Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Theaterpark nach INGE  
- Antrag des Magistrats vom 05.03.2012 - STV/0720/2012
4. Nachwahl eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird  
- Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 - STV/0740/2012
5. Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat der Gießen Marketing GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird  
- Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 - STV/0741/2012
6. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO Amt - 50 - Gießen-Pass  
- Antrag des Magistrats vom 16.02.2012 - STV/0709/2012
7. Plakatierung in Wahlkampfzeiten  
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.05.2011 - STV/0164/2011
8. Berichtsantrag zur Haushaltsfinanzierung der Stadt Gießen nach Einführung von Basel III  
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.02.2012 - STV/0725/2012
9. Berichtsantrag zum Thema öffentliche Bekanntmachungen  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2012 - STV/0744/2012
10. Berichtsantrag zu fehlenden Antworten des Magistrats  
- Antrag der Fraktion LB/BLG vom 06.03.2012 - STV/0754/2012

11. Verschiedenes

**Abwicklung der Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

**1. Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegen keine Fragen vor.

**2. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitarkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße. STV/0714/2012**  
**Zustimmung zur kostenreduzierten Planung**  
**- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 -**

---

**Antrag:**

„Der vorgelegten kostenreduzierten Planung zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße wird zugestimmt. Gemäß der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2011 wurden für die noch zu tätigen Ausgaben 6,0 Mio. € in die Haushaltsansätze 2012 – 2014 eingestellt.“

Der **Vorsitzende** weist daraufhin, dass der finanzielle Rahmen des Projekts bereits durch die Stadtverordnetenversammlung festgestellt wurde. Die Vorlage beinhalte nur die baufachliche Seite. Diese Thematik sei dem Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr vorbehalten und dort auch schon am 13.03.2012 behandelt worden.

**Stv. Möller**, CDU-Fraktion, stimmt dem zu und plädiert dafür, die Vorlage heute nicht weiter zu beraten.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** sagt, sie habe keine Einwände, wenn die Vorlage heute nicht ausführlich beraten werde. Der Finanzrahmen sei mit dem Haushalt und mit dem bereits getroffenen Grundsatzbeschluss festgelegt worden.

Der **Vorsitzende** trägt vor, dass von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr folgender **Initiativantrag** gestellt wurde:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Aufstellung einer elektronischen Anzeigetafel für die Stadt- und Regionalbusse am Bahnhofsvorplatz auch ohne ASV-Förderung erfolgen kann. Eine mögliche Finanzierung soll bis zur

*Stadtverordnetenversammlung dargestellt werden.“*

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** ergänzt, dass die Aufstellung einer elektronischen Anzeigetafel ohne ASV-Förderung zu einer Überschreitung des 6 Mio. € – Budgets führen könne. Die beantragte Prüfung sei aber noch nicht abgeschlossen.

**Beratungsergebnis:**

Dem Initiativantrag wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR; StE: FW).  
Der Magistratsvorlage wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: CDU; StE: FW).

**3. Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Theaterpark nach INGE - Antrag des Magistrats vom 05.03.2012 -** **STV/0720/2012**

---

**Antrag:**

- „1. Der als Anlage 1 beigefügte Bericht über das Aufstellungsverfahren zur Satzung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der Satzung zur Stärkung der Innovation im Theaterpark wird als Satzung beschlossen.“

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**4. Nachwahl eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird - Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 -** **STV/0740/2012**

---

**Ergänzter Antrag:**

„Als Mitglied in den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH wird gewählt:

**Herr Stadtverordneter Dr. Markus Labasch.“**

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**5. Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat der Gießen Marketing GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird - Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 -** **STV/0741/2012**

---

---

**Ergänzter Antrag:**

„Als Mitglied in den Beirat der Gießen Marketing GmbH wird gewählt:

**Frau Stadtverordnete Ewa Wenig.“**

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**6. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO Amt - 50 - Gießen-Pass** **STV/0709/2012**  
**- Antrag des Magistrats vom 16.02.2012 -**

---

**Antrag:**

„Bei dem Kostenträger 0540030300 - Erstellung und Abrechnung Gießen-Pass - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von  
21.435,00 Euro

genehmigt.

Ursprünglicher Haushaltsansatz = 350.000,00 Euro.

Deckung aus

- |  |                  |
|--|------------------|
| 1. Kostenträger 0540010200 - Fortschreibung Altenhilfeplan - | 1.500,00 Euro    |
| 2. Kostenträger 0540010400 - Seniorentreffangelegenheiten -  | 8.200,00 Euro    |
| 3. Kostenträger 0540010500 - Seniorenveranstaltungen -       | 11.735,00 Euro.“ |

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen.

**7. Plakatierung in Wahlkampfzeiten** **STV/0164/2011**  
**- Antrag der FW-Fraktion vom 24.05.2011 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, in Abstimmung mit den politischen Parteien und Wählergruppen, die städtische Plakatsatzung so zu überarbeiten, dass einerseits die Information der Wählerinnen und Wähler zur Wahlwerbung für die jeweils anstehende Wahl gewährleistet ist, andererseits durch eine städt. Regelung der übermäßigen Plakatierung in der Stadt Gießen Einhalt geboten wird.“

**Stv. Geißler**, FW-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor.

**Stv. Möller**, CDU-Fraktion, unterstützt das Anliegen des Antrags.

**Stv. Nübel**, SPD-Fraktion, gibt zu Bedenken, dass durch das Aufstellen von Plakatwänden Kosten auf die Stadt zukommen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**8. Berichts Antrag zur Haushaltsfinanzierung der Stadt Gießen nach Einführung von Basel III** **STV/0725/2012**  
**- Antrag der FW-Fraktion vom 24.02.2012 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen ausführlichen Bericht über nachstehende Fragen zu geben:

1. Wie wird sich die Einführung der Basel-III-Kapitalvorschriften ab dem 01.01.2013 auf die Haushaltsfinanzierung der Stadt Gießen auswirken?
2. Wie bereitet sich die Stadt Gießen auf die verändernden regulatorischen Rahmenbedingungen durch Basel III vor?
3. Welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten werden durch den Magistrat erwogen?
4. Gibt es bereits Verhandlungen / Gespräche mit Banken und Sparkassen über langfristige Kredite ab 2013 aufgrund der dann härteren Eigenkapitalregeln?
5. Hat die Stadt Gießen Geschäfte mit Derivaten abgeschlossen, unabhängig von Kreditgeschäften? Welche Auswirkungen hat ggf. ein generelles Verbot des Einsatzes von Derivaten im kommunalen Zins- und Schuldenmanagement ab 2013?
6. Haben Kreditinstitute der Stadt Gießen in der jüngeren Vergangenheit bereits bestehende Kreditlinien, vor allem im Bereich der Liquiditätssicherung (Kassenkredite), begrenzt bzw. gekürzt? Wenn ja, welche und in welchem Umfang?“

**Stv. Heller**, FW-Fraktion, erläutert den Antrag.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich **Stv. Möller** und **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz**.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**9. Berichts Antrag zum Thema öffentliche Bekanntmachungen** **STV/0744/2012**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2012 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, zu berichten, ob die Art der öffentlichen Bekanntmachungen an heutige Gegebenheiten angepasst werden kann. Hierbei sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Gegenstände müssen öffentlich bekannt gemacht werden?
2. Welche Kosten entstehen zurzeit jährlich für die öffentlichen Bekanntmachungen in den Gießener Tageszeitungen (aufgeschlüsselt nach Gegenstand der

Bekanntmachungen)?

3. Ist geplant für bestimmte Gegenstände demnächst gemäß der Neufassung der HGO nur noch das Internet zu nutzen, um Kosteneinsparungen zu erzielen?"

**Stv. Möller**, CDU-Fraktion, führt aus, dass die erbetenen Informationen als Grundlage dienen sollen für eine Beratung über mögliche Auswirkungen der neuen HGO-Regelung in diesem Bereich.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Oechler und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**10. Berichts Antrag zu fehlenden Antworten des Magistrats STV/0754/2012  
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen  
vom 06.03.2012 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat möge berichten:

**Wann wird voraussichtlich der folgende Berichts Antrag beantwortet werden:**

1. **Zu den Kosten für den Umbau der Licher Straße** (STV/268/11)  
vom 07.08.2011, beschlossen am 01.09.2011
2. **Kletterwald mit Riesenrutsche** (STV/ 270/11)  
Vom 07.08.2011, beschlossen am 01.09. 2011
3. **Zur Bahnunterführung Dammstraße** (STV/273/11)  
vom 08.08.2011, beschlossen am 01.09.2011
4. **Zu den Ereignissen anlässlich de NPD-Aufmarsches am 16. Juli** (STV/269/11)  
vom 08.08.2011, beschlossen am 06.10.2011
5. **Zum Wasserpreis** (STV/266/11)  
vom 08.08.2011, beschlossen am 06.10.2011
6. **Zu den eingesetzten Mitteln bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz** (STV/578/11)  
vom 21.11.2011, beschlossen am 15.12.2011.“

**Stv. Nübel**, SPD-Fraktion, sagt, der Antrag sei aus seiner Sicht unsinnig. Die genannten Berichts anträge seien im Geschäftsgang.

**Stv. Geißler**, FW-Fraktion, entgegnet, wenn die Beantwortung verschiedener Berichts anträge relativ lange auf sich warten lasse, sei in der Frage, wann mit der Beantwortung voraussichtlichen gerechnet werden könne, sehr wohl ein Sinn zu erkennen.



**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR; Ja: CDU, FW).

## 11. Verschiedenes

---

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) S c h o l z

**DER SCHRIFTFÜHRER:**

(gez.) K n o t h